Allgemeine Bemerkungen zu den Entwürfen der DGVV und der EKAS-RL

<p>Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir den vorgelegten Entwurf, insbesondere die darin vorgesehene Vereinfachung des Verfahrens zwischen suva und Betrieb, begrüßen. Auch haben wir weder zum Entwurf der Druckgeräteverwendungsverordnung noch zu jenem der EKAS-Druckgeräte-Richtlinie Nr. 6516pr Bemerkungen anzubringen.</p>	<p>KIGA BS</p>
<p>Der Verordnungsentwurf bringt administrative Erleichterungen und Anpassungen an europäische Regelungen. Wir begrüßen, dass das aufwändige Bewilligungsverfahren durch ein Meldeverfahren ersetzt wird, das mit einer Inspektionspflicht verbunden ist. Durch die Berücksichtigung der EU-Richtlinien werden Vorschriften mit dem wichtigsten Handelspartner abgestimmt.</p>	<p>Kanton BE</p>
<p>Mit dem vorliegenden Entwurf einer Druckgeräteverwendungsverordnung sind die bisherigen Rechtsgrundlagen zur Herstellung und Ausrüstung von Dampfkesseln, Dampfgeräten, Druckbehältern und Rohrleitungen zusammengefasst worden. Der Arbeitnehmerschutz wird in diesem Bereich in einer Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwendung von Druckgeräten geregelt. Das Aufstellen und Inbetriebnehmen von Druckgeräten unterlag bisher einem Plangenehmigungs- und Bewilligungsverfahren für die einzelnen betroffenen Betriebe. Dies hatte einen grossen administrativen Aufwand zur Folge. Neu wird das Bewilligungsverfahren durch eine Meldepflicht ersetzt. Das neue Meldeverfahren unterstellt nur noch die als gefährlich eingestuften Druckbehälter einer besonderen Inspektionspflicht durch die Fachorganisationen. Mit der neuen Regelung können somit Druckgeräte künftig sicher und kostengünstig betrieben werden. Administrativ aufwändige Plangenehmigungsverfahren und gebührenpflichtige Bewilligungen fallen dahin. Alle Druckgeräte mit kleinerem Risiko werden der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe, analog dem Betrieb von Maschinen, überbunden. Die notwendigen Voraussetzungen dazu sind in der EKAS-Richtlinie „Druckgeräte“ aufgezeigt.</p> <p>Gestützt auf die oben dargestellte Liberalisierung der Aufstellung und des Betriebes von Druckgeräten unter Berücksichtigung des Arbeitnehmerschutzes stimmen wir grundsätzlich zu. Insbesondere die Bezeichnung eines einzigen Durchführungsorgans (SUVA) und die administrative Entlastung der Betriebe begrüßen wir ausdrücklich.</p>	<p>Kanton NW</p>
<p><u>Zur Druckgeräteverwendungsverordnung, DGVV:</u> Die Totalrevision der Verordnung, insbesondere die Anpassung an den Stand der Technik und die entsprechenden Vorschriften der Europäischen Union (EU), begrüßen wir. Ein wesentlicher Fortschritt ist der zentrale Vollzug und die Überwachung durch eine Stelle beziehungsweise ein Vollzugsorgan und die Beschränkung des Meldeverfahrens und die Inspektionspflicht auf die als gefährlich eingestuften Druckbehälter.</p> <p>Zu den einzelnen Artikeln haben wir keine Bemerkungen.</p> <p><u>Zur EKAS-Richtlinie 6516 „Druckgeräte“:</u> Die Anpassungen an die Verordnung und die Beibehaltung der einheitlichen Kontrolle durch ein Durchführungsorgan wird begrüsst. Damit werden Doppelspurigkeiten vermieden und das vorhandene Fachwissen bleibt erhalten.</p>	<p>Kanton OW</p>

<p>Die vorgesehene neue DGVV erlaubt die Trennung der Vorschriften für die Verwendung von Druckgeräten von jenen für das Inverkehrbringen.</p> <p>Mit der neuen Regelung sollen Druckgeräte auch zukünftig sicher und kostengünstig betrieben werden können. Anstelle einer Bewilligung tritt neu ein einfaches Meldeverfahren. Dadurch entfallen die bisherigen komplizierten, administrativen Verfahrensabläufe und auch die Bewilligungen.</p> <p>Mit dem neuen Meldeverfahren werden nur noch die als gefährlich eingestuft Druckbehälter einer speziellen Inspektionspflicht durch die Fachorganisation unterstellt. Die Anzahl der Druckbehälter, welche zukünftig durch die Fachorganisation inspiziert werden müssen, wurde stark reduziert.</p> <p>Zukünftig soll für die Durchführung der Inspektionen bei risikoreichen Druckgeräten eine einzige Stelle in der Schweiz zuständig sein. Damit ist das Fachwissen zentral vorhanden und bleibt auch erhalten. Für die Druckbehälter wird neu die Suva als einziges Durchführungsorgan bestimmt.</p> <p>Durch die vorgeschlagenen Entwürfe werden eine Vereinfachung der bisherigen Verfahren und Zuständigkeiten sowie eine Liberalisierung einerseits und die Erfassung der wirklichen Risiken andererseits erreicht. Sie sind daher insgesamt zu begrüßen.</p>	Kanton ZG
<p>Es ist zu begrüßen, dass mit der neuen Verordnung die Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwendung von Druckgeräten – unter Berücksichtigung des gewandelten Standes der Technik – neu geregelt wird. Insbesondere begrüßen wir das vereinfachte Verfahren zwischen der SUVA und dem jeweiligen Betrieb durch die Einführung einer Meldepflicht unter Wegfall des bisherigen, im Vergleich zur neu gewählten Regelung aufwändigeren Bewilligungsverfahrens. Mit dem neuen Verfahren werden demnach nur noch die als gefährlich eingestuft Druckbehälter einer speziellen Inspektionspflicht durch die Fachorganisation unterstellt.</p> <p>Die Anpassung der Verordnung an den aktuellen Stand der Technik ist zweifellos notwendig und daher angezeigt. Daneben erscheint uns die bezüglich der Druckgeräte erfolgte Trennung der Konstruktions- und Verwendungsvorschriften in voneinander separierte Kategorien in Anlehnung an das massgebende gesetzliche Konzept der Europäischen Union zeitgemäss und deshalb besonders erwähnenswert.</p>	Kanton BS
<p>Für die Einladung zur Vernehmlassung danken wir Ihnen. Wir begrüßen die vorgesehene Neuregelung, weil damit der administrative Aufwand wesentlich verringert werden kann (Meldeverfahren, beschränkte Inspektionspflicht, SUVA als Vollzugsorgan), der Arbeitnehmerschutz aber dennoch gewährleistet bleibt.</p>	Kanton SZ

<p>Bisher war die Verwendung von Dampfkesseln und Dampfgefässen in der Verordnung vom 9. April 1925 und die von Druckbehältern in der Verordnung vom 19. März 1938 geregelt. Die beiden Vorschriften sind mit der Einführung des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) unverändert geblieben und entsprechen seit längerer Zeit nicht mehr dem heutigen Stand der Technik. Sie sind nicht mehr zeitgemäss, da sie sowohl Verwendungs- als auch Konstruktionsvorschriften enthalten. Um den EU-Normen zu entsprechen sind Konstruktions- und Verwendungsvorschriften grundsätzlich voneinander zu trennen. Die vorliegende Verordnung entspricht dieser Gegebenheit und regelt den Arbeitnehmerschutz bei der Verwendung von Druckgeräten. Mit der neuen Verordnung werden die Abläufe liberalisiert. Anstelle der heutigen Bewilligungspflicht wird eine Meldepflicht eingeführt. Die Eigenverantwortung der Betriebe wird dadurch gestärkt. Für die ganze Schweiz gibt es nur noch die Suva als einzige Meldestelle, was die Abläufe erheblich erleichtert. Hinsichtlich des Geltungsbereiches bestehen einfache Formeln. Standortgutachten über die Aufstellung werden nur noch bei risikoreichem Füllgut durchgeführt. Druckgeräte mit geringem Risiko werden ganz aus der Inspektionspflicht entlassen. Die bis heute praktizierten Abnahmekontrollen fallen weg. Sie sind aber auf Wunsch der Betriebe weiterhin durch eine Fachorganisation möglich. Die Anwendungsbestimmungen sind in einer separaten EKAS-Richtlinie festgehalten.</p> <p>In diesem Sinne begrüßen wir eine klare, den heutigen Erkenntnissen und Anforderung entsprechende Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwendung von Druckgeräten. Sie bringt eine erhebliche Erleichterung bei der Anwendung und stärkt die Eigenverantwortung der Betriebe.</p>	Kanton SO
<p>Wir begrüßen die Ablösung der alten Verordnungen 25 und 38. Aus unserer Sicht ist es für die Wirtschaft von Vorteil, wenn nur noch eine einzige Ansprechstelle für die Meldung von gefährlichen Druckgeräten in der Schweiz vorhanden sein wird. Auch begrüßen wir die Beibehaltung der Fachorganisation, in welcher das Fachwissen weiter entwickelt werden soll und die nötige Ausbildung zukünftiger Fachleute gewährleistet ist. Der Wechsel von der Bewilligungspflicht zur Meldepflicht entspricht der heutigen liberalen Haltung und gibt den Betrieben mehr Eigenverantwortung. Wir zählen stark darauf, dass die Betrieben mit dem beabsichtigten Systemwechsel nicht zusätzliche Aufgaben aufgebürdet erhalten, sondern auch einen Vorteil erfahren. Bei der Inspektionspflicht hoffen wir auf das Fachwissen der Fachorganisation und der Suva, damit auch Grenzfälle prioritär aus der Optik der Arbeitssicherheit beurteilt werden. Aus unserer Sicht soll die Fachorganisation auch den Betrieben für Auskünfte zur Verfügung stehen, um die nötige Unfallprävention zu unterstützen.</p> <p>Die Verordnung und Richtlinie ist aus unserer Sicht gut erarbeitet worden und entspricht dem Praxisgedanken einer funktionsfähigen Volkswirtschaft.</p>	Kanton BL
<p>Swissmem hat schon in der Vergangenheit die Anpassung der technischen Vorschriften an diejenigen der EU immer unterstützt, weshalb wir auch die geplante Druckgeräte-Verwendungsverordnung im Grundsatz begrüßen.</p> <p>Natürgemäss liegt die Fachkompetenz zur Beurteilung der technischen Aspekte in der anstehenden Verordnung, bzw. der darunter fallenden Geräte, nicht bei der Geschäftsstelle von Swissmem. Aus diesem Grund können wir uns zum diesbezüglichen Artikel 1 und anderen technischen Spezifitäten nicht äussern.</p>	Swissmem

<p>Der Betrieb von Druckgeräten kann eine erhebliche Gefährdung der Bevölkerung darstellen, weshalb in der Schweiz bereits früh klare Regeln für Herstellung, Betrieb und Instandhaltung und deren Überwachung geschaffen wurden. Die in der Schweiz seit 1925 und 1938 geltenden Verordnungen und die ergänzenden Vorschriften haben in unserem Land zu einem sehr hohen Sicherheitsniveau geführt, in den letzten Jahren haben sich mit inspektionspflichtigen Druckgeräten keine Unfälle mit gravierenden Folgen für Leben und Gesundheit ereignet. Druckgeräte können in unserem Land im Vergleich mit anderen Arbeitsmitteln wie zum Beispiel Krane aufgrund der Unfallstatistiken als sehr sicher beurteilt werden. Wir begrüßen es deshalb, dass die neue Druckgeräteverwendungsverordnung (DGVV) mit der zugehörigen EKAS-Richtlinie 6516 auf unseren bewährten Regelwerken aufbaut statt unbesehen Regelwerke des umliegenden Auslandes zu kopieren.</p>	<p>DSM, Ciba, Lonza, Roche, Clariant, Novartis, Syngenta</p>
<p>1.1 Wir begrüßen die <u>Aktualisierung</u> der alten Rechtserlasse von 1925 bzw. 1938 auf den heutigen Stand der Technik und der damit verbundenen Angleichung an das EU-Recht zu dieser Thematik.</p> <p>Nachdem die Anforderungen an die <u>Herstellung</u> von Druckbehältern und -geräten durch zwei neue Verordnungen im Aufsichtsbereich des seco unlängst in Kraft sind, rundet die DGVV mit den Anforderungen an die <u>Betreiber</u> den ganzen Themenbereich ab. Wir sind überzeugt, dass die Trennung einerseits in Hersteller- und andererseits in Betreiberanforderungen zeitgemäss ist, die nötige Flexibilität für Anpassungen gewährleistet und sich deshalb bewähren wird.</p> <p>1.2 Durch die an die EU angepassten Herstellungs- bzw. Inverkehrbringungsanforderungen ist das Sicherheitsniveau bei den Druckgeräten aus unserer Sicht erhöht worden. Der Hersteller muss unter anderem detaillierte Angaben über den sicheren Betrieb und die Instandhaltung (Umfang und Intervalle) von Druckgeräten machen. Dies rechtfertigt völlig, dass die Grenzwerte nicht verschärft werden müssen, um einen angemessenen Anwenderschutz zu gewährleisten, und wir begrüßen, dass die DGVV eine vergleichsweise eher reduzierte Anzahl von Druckgeräten für die Melde- bzw. Inspektionspflicht gemäss Art 1 Abs. 2 erfasst. Die damit verbundene erhöhte Eigenverantwortung für die Betreiber von nicht meldepflichtigen Druckgeräten erachten wir als massvoll bzw. angemessen.</p> <p>1.3 Wir begrüßen die vorgegebene Flexibilität bei der Durchführung der Inspektionen. Einerseits besteht die Möglichkeit, dass der Betrieb nebst der benannten Fachorganisation die Inspektionen selbst durchführen und dokumentieren kann, wenn er die Voraussetzungen erfüllt. Andererseits können Druckgeräte von der Inspektionspflicht befreit werden, wenn ein ausreichender Abnutzungsvorrat ausgewiesen oder das Versagensrisiko als klein eingestuft wird.</p> <p>1.4 Wir machen darauf aufmerksam, dass aufgrund der Abstützung der DGVV auf Art. 83 UVG und Art 40 ArG nicht nur ‚Private‘ bei der Verwendung von Druckgeräten von der Melde- bzw. Inspektionspflicht ausgenommen sind, sondern auch selbständig erwerbende Betriebe, wie z. B. landwirtschaftliche Familienbetriebe.</p> <p>2. Stellungnahme zur EKAS-Rtl. 6516pr ‚Druckgerät‘</p> <p>2.1 Der vorliegende Entwurf der EKAS-Richtlinie erachten wir als geeignetes Instrument für die Umsetzung der Melde- und Inspektionspflicht.</p> <p>2.2 Wie bereits im Punkt 1.3 erwähnt, sind die hier präzisierten Vorgaben für eine flexible Durchführung der Inspektionen bzw. einer möglichen Befreiung von der Inspektionspflicht zweckmässig und begrüssenswert.</p> <p>2.3 Wir regen an, dass die vorgesehene EKAS-Richtlinie mit einem Standard-Inspektionsbuch gemäss den Artikeln 8 und 12 DGVV ergänzt wird. Dieses könnte als informativer Anhang in die EKAS-Richtlinie integriert oder als Suva-Dokument herausgegeben werden. Ein solches Hilfsmittel würde dem Betreiber die Dokumentationspflicht erleichtern. Dieser Vorschlag lehnt an die Kranverordnung (KranV, SR 832.312.15) bzw. an die EKAS-Rtl 6511 an. Auf dieser Basis hat die Suva ein hilfreiches Standard-Kranbuch Nr. 8817 herausgegeben.</p>	<p>agriss</p>

<p>Eine Einführung der vorgeschlagenen Fassung der DGVV würde einen Abbau des Schutzes der Arbeitnehmenden aber auch weiterer Teile der Bevölkerung vor den möglichen Gefahren von Druckgeräten bedeuten. Für die Betriebe wäre die Einführung mit einem erheblich zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden, da sie intern das nötige Fachwissen zu den Druckgeräten aufbauen müssten und auch für die entsprechenden regelmässigen Weiterbildungen verantwortlich wären.</p> <p>Wir lehnen den Entwurf in der vorliegenden Fassung ab. Einschneidende Korrekturen sind unerlässlich. Die Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfes finden Sie in der Beilage.</p>	Kanton SG
<p>Der SGB begrüsst die Aktualisierung der geltenden Bestimmungen über die Verwendung von Druckgeräten. Von Druckgeräten geht ein erhöhtes Gefahrenpotential für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus. Griffige Schutzbestimmungen und ein straffer Vollzug der Vorschriften sind daher unabdingbar für die Gewährleistung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes.</p> <p>Wichtig erscheint uns auch die nun vorangetriebene Angleichung der schweizerischen Vorschriften mit jenen der Europäischen Union.</p>	SGB

Die vorgeschlagene Verordnung erhöht durch die zusätzliche Melde- und Inspektionspflicht die Betriebskosten für Erdgasanlagen, ohne einen Gewinn an zusätzlicher Sicherheit zu generieren. Grundsätzlich könnte allgemein das Sicherheitsniveau im Bereich der Druckgeräte auch mit tieferen Kosten gehalten werden.

Wir empfehlen Ihnen, die Verordnung nochmals grundsätzlich zu überarbeiten und zwar aufgrund folgender Überlegungen:

Strenge Anforderung bei der Inverkehrbringung - tiefe Unfallzahlen

An die Inverkehrbringung von Druckgeräten und an die nachträgliche Kontrolle werden heute strenge, europäische Anforderungen gestellt. Insbesondere für die von dieser Verordnung erfassten Rohrleitungen für Erdgas gelten die sehr strengen Konformitätsbewertungsverfahren der Kategorie III der Druckgeräteverordnung mit Baumusterprüfung, Konformitätsbewertung durch eine Drittstelle und ausgewiesenen Qualitätssicherungssystem.

Im Gasbereich ist uns in den letzten zehn Jahren kein tödlicher Unfall durch Druckeinwirkung bekannt. Eine zusätzliche Melde- und Inspektionspflicht würde keine spürbare Erhöhung der Sicherheit bringen.

Die richtige Prävention heisst mehr Ausbildung

Während früher die Unfallursachen meistens bei den Maschinen zu suchen waren, liegen sie heute weitgehend bei den Menschen selber (Zitat Andreas Merz, Sicherheitsberater ABB). Auslöser von Arbeitsunfällen sind mehrheitlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selber, welche die Sicherheitsvorschriften nicht kennen oder nicht befolgen oder die persönliche Schutzausrüstung nicht benutzen. Die Prävention beginnt bei der Arbeitspsychologie und nicht bei der Inspektion. Im übrigen sind die Nichtbetriebsunfälle bei ABB um Faktor 5 höher als die Betriebsunfälle.

Zu einer gleichen Schlussfolgerung kommt Rüdiger Oxenius, Leiter Umwelt, Gesundheit und Sicherheit bei der CIBA Spezialitätenchemie im Werk Basel: Wie in jedem Betrieb und auch im Haushalt sind Unaufmerksamkeit und Nachlässigkeit die Hauptursache für Unfälle. Chemikalien sind nur bei einer Minderheit der Arbeitsunfälle mit im Spiel. Über 90 % aller Unfälle beruhen auf sogenannt menschlichem Versagen. Die Schulung der Mitarbeiter ist deshalb ein Grundpfeiler zur Unfallverhütung.

Die Gasindustrie und das Technische Inspektorat (TISG), welches in Unternehmen, die Gas an Dritte abgeben, im Auftrag der SUVA für die Arbeitssicherheit zuständig ist, setzen in erfolgreicher Zusammenarbeit mit der SUVA schon lange auf diese Strategie. Kurse z.B. über "Arbeiten an gasführenden Anlagen" oder "Sicherheitsbeauftragte im Gasfach" wirken letztlich erfolgreicher als viele Inspektionen. Obwohl die Gasinfrastruktur im Verteilbereich mit über 14'000 km Rohrleitungslänge und über 400'000 Gaszählern relativ komplex ist, sind nur sehr wenig Unfälle zu verzeichnen.

Der "Profi" wird geschützt - den Amateur überlässt man dem Schicksal

Wir gehen davon aus, dass die DGVV, welche die Sicherheit und den Gesundheitsschutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (Art. 1 Abs. 1) bezweckt nur in Betrieben zur Anwendung kommt, die vom UVG erfasst werden, obschon dies die DGVV nicht ausdrücklich sagt.

Druckgeräte kommen aber als standardisierte Produkte auf den Markt und werden auch in Betrieben oder Umgebungen eingesetzt, die nicht vom UVG erfasst werden. Dies führt zur eigenartigen Situation, dass z.B. ein Druckgerät in einem Betrieb mit professionellen Fachleuten der Melde- und Inspektionspflicht unterliegt, dasselbe Gerät - vielleicht um es besonders krass darzustellen - im Keller eines Kindergartens aber von dieser Verordnung ausgenommen ist. Eigentlich wäre die umgekehrte Philosophie verständlicher.

Risikogerechtes Vorgehen

In der europäischen Sicherheitsphilosophie hat man für kleine und mittlere Risiken schon längst von prophylaktischen flächendeckenden Interventionen des Staates Abschied genommen. Anstelle von veralteten, sehr aufwendigen flächendeckenden Inspektionen kommen neue, risikogerechte Vorgehen zur Anwendung wie z.B. mit der HACCP - Methode im Lebensmittelbereich.

Es macht wahrscheinlich wenig Sinn, dass ein Druckgerät auf der "grünen Wiese" den gleichen Inspektionsintervallen unterstellt wird, wie dasselbe Gerät in einem Gebäude mit grosser Personenbelegung.

Zweckartikel wird überschritten

Der Zweckartikel in einer Gesetzgebung begrenzt allgemein den Spielraum der Interpretation. Die Formulierung von konkreten Anforderungen muss sich deshalb am Zweck der Gesetzgebung messen lassen, in diesem Fall ob es bei den Massnahmen um den Schutz vor druckbedingten Gefahren geht.

In der Druckgeräteverordnung, Anhang 1, 1 Allgemeine Bestimmungen wird explizit von einer Gefahrenanalyse hinsichtlich "druckbedingte" Gefahren gesprochen. Bei Erdgasanlagen ist das Schutzziel und die Gefährdung eine ganz andere. Unabhängig vom Druck (!) dürfen Leckagen nicht zur Bildung und Zündung von gefährlichen Gasmengen führen (Brand, Verpuffung, Explosion, Detonation). Dies sind die Primärgefahren von Gasanlagen. Sie werden deshalb von der feuerpolizeilichen Gesetzgebung erfasst. Die Definition z.B. von Ex-Zonen geht somit eindeutig über den Zweckartikel hinweg. Sie sind aus brandschutztechnischen Überlegungen sowieso festzulegen, auch wenn ein Druckgerät nicht dieser Verordnung unterstellt ist.

Verhinderung von teuren Doppelspurigkeiten

Gasanlagen, die ans Erdgasnetz angeschlossen sind, müssen mit einem eichfähigen Gaszähler ausgerüstet sein. Gemäss der Gasmengenmessgeräte-Verordnung hat der zuständige Netzbetreiber alle Zähler und damit Anschlüsse in einem Register zu führen. Damit sind alle Anlagen registriert und einer Stichprobe zugänglich.

Zudem werden Gasanlagen auf der Basis des lokalen Gaslieferreglementes durch die Installationskontrolle des jeweiligen Netzbetreibers abgenommen und periodisch kontrolliert. Komplexere Anlagen werden bereits einzeln durch das Technische Inspektorat (z.B. auch im Auftrag der Gebäudeversicherungen) kontrolliert.

Im Rahmen der nachträglichen Kontrollen gemäss STEG überprüft der SVGW (im Auftrag des seco) als zuständige Fachorganisation sowieso die technischen Einrichtungen und Geräte für die Herstellung und Verwendung von Gasbrenn- und Gastreibstoffen hinsichtlich der gastechnischen Sicherheit.

b) Zusammenfassung

Mit Druckgeräten wird nicht im eigentlichen Sinn gearbeitet wie etwa mit Maschinen oder Werkzeugen. Es geht somit primär in der DGVV um die Produktesicherheit. Sollte - wie wir annehmen - die DGVV nur in Betrieben zur Anwendung kommen, die vom UVG erfasst werden, wäre dieses die falsche gesetzliche Grundlage, weil der grösste Teil der Bevölkerung ausgeschlossen bleiben würde. Vielmehr sollte die Verwendung von Produkten im neuen Produktesicherheitsgesetz (wie z.B. auch in Deutschland) verankert werden.

<p>Anlagen von leitungsgebundenen Gasen sind auszuklammern, um teure und unnötige Doppelspurigkeiten im Vollzug zu vermeiden und weil bei diesen Anlagen das Schutzziel der gastechnischen Sicherheit unabhängig vom Druck vorrangig ist.</p> <p>Weil wir verschiedentlich versucht haben mit der Arbeitsgruppe, welche die DGVV erstellt hat, Kontakt aufzunehmen, aber keine Antwort erhalten haben, wünschen wir eine Aussprache mit Vertretern des zuständigen Bundesamtes.</p>	
<p>Aufgrund des heutigen Einsatzes von Qualitätssystemen in den Betrieben spricht sich die Ständekommission grundsätzlich für weniger staatliche Kontrollen und mehr unternehmerische Verantwortung aus. Die Verfahrensabläufe sind zudem möglichst schlank auszugestalten.</p> <p>In diesem Sinne begrüsst es die Ständekommission, dass das bisherige, aufwendige, über mehrere Stationen (Kanton, Suva, Kesselinspektorat des Schweizerischen Vereins für technische Inspektionen und retour) laufende Bewilligungs-Verfahren nun durch ein einfaches Melde-Verfahren ersetzt wird.</p>	Kanton AI

Die Gefahren von Druckgeräten machen nicht bei den Toren eines Betriebes Halt bzw. gelten auch dort, wo ein Betrieb nicht unter die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes fällt. Es wäre deshalb zu begrüssen, dass vom Geltungsbereich der neuer Verordnung auch Druckgeräte in Privathaushalten, in landwirtschaftlichen und in öffentlichen Betrieben erfasst würden.

Eine nähere Betrachtung des vorliegenden bundesrätlichen Entwurfs zeigt, dass dieser in einigen grundlegenden Punkten sowie in verschiedenen Details verbesserungswürdig ist. Insbesondere was

- die von den Inspektionen zu erfassenden Druckgeräte (Ziff. 2 hiernach),
- den Gegenstand der Inspektionen (Ziff. 3),
- die Zuständigkeit für die Inspektionen (Ziff. 4) wie
- die Frage der Delegation von Inspektionen (Ziff. 5.2)

betrifft, schlagen wir Änderungen am Verordnungstext vor, die nachstehend kurz ausgeführt werden.

2. Von den Inspektionen erfasste Druckgeräte: Nicht zu verantwortende, willkürliche festgelegte Prüfgrenzen

Der Verordnungsentwurf legt in Art. 1 Abs. 2 die Grenzen fest, ab welchen ein Druckgerät unter die Meldepflicht fällt und somit inspektionspflichtig ist. Aufgrund der heute am meisten verbreiteten Druckgefässe dürfte in der Praxis am häufigsten (nämlich bei rund 80 Prozent aller von der Verordnung erfassten Druckgeräte) Art. 1 Abs. 2 lit. b. der Verordnung zur Anwendung gelangen (nicht überhitzungsgefährdete Druckbehälter mit gasförmigem Inhalt).

Während das geltende Recht bei der Herstellung sämtliche Druckgeräte ab einem Betriebsdruck von 0,5 bar erfasst, schreibt der DGVV-Entwurf für die am meisten verbreiteten Druckgeräte eine grosszügige Prüfgrenze von 2 bar und 3000 Barlitern (Produkt aus Druck in bar und Inhalt in Litern) vor.

Die Festlegung der Prüfgrenze von 3000 Barlitern für die erwähnte häufigste Druckgerätekategorie ist nicht nachvollziehbar. Vergleichbare Länder - es seien an dieser Stelle als Beispiele Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich und Finnland erwähnt - kennen für die genannte Kategorie von Druckgeräten eine untere Prüflimite von 1000 Barlitern.

Eine solche unterschiedliche Behandlung ist mit plausiblen Gründen nicht zu erklären. Diese willkürliche Festlegung im neuen Druckgeräteverwendungsrecht hätte zur Folge, dass in der Schweiz nicht überhitzungsgefährdete Druckbehälter mit gasförmigem Inhalt erst aber einem Druck-Volumen-Produkt von 3000 Barlitern inspiziert würden, während im vergleichbaren europäischen Ausland solche Behälter bereits ab 1000 Barlitern der Prüfungspflicht unterliegen. In diesem Punkt würde mit der DGVV Recht geschaffen, das mit den entsprechenden Vorschriften der Länder Europas nicht kompatibel wäre.

Beim Entscheid des Verordnungsgebers über die Höhe der Prüfgrenze handelt es sich keineswegs um eine Bagatelle. Eine Prüfgrenze von 3000 Barlitern bedeutet, dass zum Beispiel

- ein Chlorgasbehälter von 400 Litern mit 7 bar Druck,
- ein Ammoniakbehälter, der 150 Liter fasst und unter 17 bar steht, und
- ein 200-Liter-Gastank mit Propan, der 15 bar Druck aufweist,

bereits nicht mehr prüfpflichtig sind. Der Betrieb gerade solcher Druckgeräte ist jedoch mit beträchtlichen Gefahren verbunden, wie verschiedene spektakuläre Unfälle mit dramatischen Folgen für Leben und Gesundheit der davon betroffenen Menschen in der Vergangenheit gezeigt haben und leider auch heute immer wieder zeigen.

Im Weiteren ist an dieser Stelle die Tatsache zu erwähnen, dass die meisten Länder des europäischen Auslands, auf deren betriebliches Druckgeräteverwendungsrecht wir in der vorliegenden Vernehmlassungsantwort zu Vergleichszwecken hinweisen, ihr einschlägiges Recht erst vor kurzem, nämlich in den vergangenen Jahren zwecks Anpassung an die entsprechenden EU-Bestimmungen überarbeitet und revidiert haben. Diese Länder haben den Anpassungsprozess des nationalen Rechts, wie er mit dem Erlass der DGVV auch in der Schweiz stattfindet, bereits durchschritten. Als um so unverständlicher erscheint es, wenn nun die Schweiz eine Verordnung erlässt, die in wesentlichen Inhalten und ohne vernünftige Begründung vom vergleichbaren ausländischen Recht abweicht.

6. Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Vorlage zu einer DGVV verschiedene, zum Teil gravierende Mängel anhaften, die eine Korrektur des Entwurfs unerlässlich machen.

Ein wichtiger Grund für die Überarbeitungsbedürftigkeit der DGVV ist deren mangelnde EU-Kompatibilität sowohl bezüglich des Gebots der Vermeidung von Handelshemmnissen wie auch bezüglich Sicherheit.

Der Bundesrat hält im Erläuternden Bericht vom März 2006 betreffend "Produktsicherheit, Änderung des Bundesgesetzes über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG)" bzw. zum Produktsicherheitsgesetz (PSG) fest:

"Eurokompatible Lösungen liegen sowohl im Interesse der Hersteller als auch der Verwender von Produkten. Die Hersteller sollen sich nach demselben Sicherheitsstandard richten können, ob sie nun für den Schweizer Markt oder für den Wirtschaftsraum der EU- und der EWR-Staaten produzieren. Die Verwender in der Schweiz ihrerseits sollen in den Genuss desselben Sicherheitsniveaus gelangen, wie ihn die EU-Richtlinie für ihren Geltungsbereich verlangt." (S. 2)

Diesen Zielsetzungen sowie dem Erfordernis, dass, wenn die Grenzen für EU-Produkte geöffnet werden, diese Produkte nicht tieferen Sicherheitsanforderungen als in der EU unterliegen dürfen, steht die DGVV-Vorlage diametral entgegen.

Eine Einführung der aktuellen Fassung der DGVV-Verordnung würde einen **Abbau des Schutzes der Arbeitnehmenden vor den möglichen Gefahren von Druckgeräten** bedeuten. Deshalb kann der Entwurf, so wie er sich im Zeitpunkt der Vernehmlassung präsentiert, nicht gut geheissen werden.

Die bisher geltende Regelung für Druckgeräte ist veraltet und stammt teilweise aus den 20-er- und 30-er Jahren des letzten Jahrhunderts. Deshalb ist die Schaffung einer neuen, gesamtheitlichen Verordnung grundsätzlich zu begrüssen. Allerdings werden mit dem vorliegenden Entwurf inhaltlich falsche Zeichen gesetzt:

- Es sollen höhere Prüfgrenzen gegenüber dem bestehenden Recht und dem Ausland eingeführt werden.
- Eine Abnahmeprüfung, wie sie normalerweise bei fertig gestellter Anlage üblich war, soll nicht mehr notwendig sein.
- Die Betreiber von Anlagen sollen teilweise selbst zur Inspektion ihrer Anlagen befugt werden.
- Die Monopolstellung der Suva soll weiter ausgedehnt werden.

2. Unbestrittener Handlungsbedarf, jedoch mangelhafte Vorlage

Der Erlass einer neuen Druckgeräteverwendungsverordnung ist aus folgenden Gründen grundsätzlich zu begrüssen:

- Der Schutz der Bevölkerung vor Gefährdungen gehört zu den zentralen Aufgaben des Staats und seiner Behörden.
- Es ist unstrittig, dass die Verwendung von Druckgeräten am Arbeitsplatz und im privaten Verwendungsbereich mit Gefahren verbunden ist. Staatliche Vorschriften zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmenden und der Bevölkerung bei der Verwendung von bestimmten Druckgefässen sind deshalb unverzichtbar.
- Auch das Ausland beziehungsweise jedes mit der Schweiz vergleichbare Land kennt entsprechende staatliche Vorschriften in Zusammenhang mit der Verwendung von Druckgefässen.
- Das geltende Druckgeräteverwendungsrecht der Schweiz stammt aus den Jahren 1925 und 1938. Im Rahmen der Angleichung des einschlägigen Schweizer Rechts an die entsprechenden Regelungen des europäischen Auslands ist der Erlass einer zeitgemässen Verordnung unumgänglich.

e) Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Vorlage zu einer DGVV verschiedene, zum Teil gravierende Mängel anhaften, die eine grundlegende Überarbeitung des Entwurfs unerlässlich machen. Ein wichtiger Grund für die Überarbeitungsbedürftigkeit der DGVV ist deren mangelnde EU-Kompatibilität insbesondere bezüglich Sicherheit. Der Bundesrat hat jüngst in seinem erläuternden Bericht vom März 2006 zur Vorlage "Produktsicherheit - Änderung des Bundesgesetzes über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG)" beziehungsweise zum Produktsicherheitsgesetz (PSG) festgehalten: "Eurokompatible Lösungen liegen sowohl im Interesse der Hersteller als auch der Verwender von Produkten. Die Hersteller sollen sich nach demselben Sicherheitsstandard richten können, ob sie nun für den Schweizer Markt oder für den Wirtschaftsraum der EU- und der EWR-Staaten produzieren. Die Verwender in der Schweiz ihrerseits sollen in den Genuss desselben Sicherheitsniveaus gelangen, wie ihn die EU-Richtlinie für ihren Geltungsbereich verlangt." – Diesen Zielsetzungen steht die DGVV-Vorlage diametral entgegen. Ebenso widerspricht sie dem Erfordernis, dass Schweizer Produkte bei Öffnung der Grenzen nicht tieferen Sicherheitsanforderungen als in der EU unterliegen dürfen. Eine Einführung der aktuellen Fassung der DGVV würde einen Abbau des Schutzes der Arbeitnehmenden und der Bevölkerung vor den möglichen Gefahren von Druckgeräten bedeuten. Deshalb kann der Entwurf, so wie er sich im Zeitpunkt der Vernehmlassung präsentiert, nicht gutgeheissen werden.

3. Entwurf EKAS Richtlinie 6516 "Druckgeräte"

Die EKAS-Richtlinie stützt sich auf die DGVV und führt diese aus. Entsprechend den vorstehenden Erläuterungen zur DGVV sind auch die Bestimmungen und Erklärungen der EKAS-Richtlinie grundlegend zu überarbeiten.

<p>Wir hoffen, dass diese modernisierten und mit der europäischen Normentwicklung harmonisierten Regelwerke mit der vorgesehenen „Meldepflicht“, dem „Register“, der „Inspektions-Regelung“ und der schweizweit „zentralisierten Überwachung“ des Vollzugs zukünftig auch für die Planer, Installateure und Betreiber der haustechnischen Anlagen Erleichterungen bringen werden.</p> <p>Was die Grenzen der Meldepflicht etc. anbelangt unterstützen wir die Vernehmlassungsantwort der „beauftragten Fachorganisation“, des SVTI. (siehe www.svti.ch/dgvv)</p> <p>Ebenso erwarten wir von der neuen DGWV oder EKAS-Richtlinie Hinweise darauf, wie weit diese auf UVG basierende und zunächst auf „Betriebe“ geltende Verordnungen auch für die Wärme- und Kältezentralen in „Privathäusern“, Heizzentralen und Fernleitungen für Häuser-Gruppen gelten.</p> <p>Wir freuen uns, dass die hoffentlich bald bereinigten und veröffentlichten neuen gesetzlichen Grundlagen es dem SVTI erlauben werden, die Ausführungsbestimmungen zu formulieren, die Grenzbedingungen zur Meldepflicht weiter zu präzisieren, was die Geräte und Behälter der Heizungs- und Kälteanlagen anbelangt. Wir denken auch an eine Neuausgabe des SVTI-Hinweises, Lit. [1.]</p> <p>Weiterhin wird es die Aufgabe unseres Vereins bleiben, die heute noch gültige Richtlinie SWKI 93-1 (s. Lit.: [2.]) für nicht kontrollpflichtige Heizungsanlagen mit Warmwasser als Wärmeträger anzupassen.</p> <p>Es sind dabei sowohl die technischen Detail-Vorschriften der neuen Schweizer Verordnung (z.B. Pflichten des Anlagenbesitzers, Inspektions-Intervalle, Kontrolle der Sicherheitsventile etc.), wie auch allfällige sicherheitstechnische Einzelheiten der neuen Euronorm betr. Heizungsanlagen [3.] zu berücksichtigen. (Um auf die Wichtigkeit einer solchen Sicherheitsrichtlinie hinzuweisen sei erwähnt, dass ein kleiner Heizkessel - zuletzt im Mai 2004 in Thurgau - infolge Heizungs-wasser-Druckanstieg explodiert ist.)</p>	<p>SWKI</p>
--	-------------

<p>Das Eid. Rohrleitungsinspektorat ist die technische Aufsichtsbehörde für alle Rohrleitungsanlagen, die unter das Rohrleitungsgesetz RLG (746.1) fallen. Im Rahmen dieses Auftrages überwachen und inspizieren wir Planung, Bau und Betrieb dieser Rohrleitungsanlagen. Gemäss Art. 1, Geltungsbereich des RLG, findet dieses Gesetz Anwendung auf Rohrleitungen zur Beförderung von Erdöl, Erdgas oder anderen vom Bundesrat bezeichneten flüssigen oder gasförmigen Brenn- oder Treibstoffen sowie auf die dem Betrieb dienenden Einrichtungen wie Pumpen und Speicher. Die Rohrleitungsverordnung RLV (746.11) präzisiert den entsprechenden Geltungsbereich in Art. 2 und 3. Insbesondere bestimmt die Rohrleitungsverordnung in Art. 3, Absatz 2, dass Anfang und Ende der dem Gesetz unterstehenden Rohrleitungsanlagen vom Bundesamt bei der Plangenehmigung festgelegt werden. In der Praxis wird dadurch auf der gesamten Versorgungslinie von Erdgas- und Erdölniederdruckanlagen ein einheitlicher Standard bezüglich staatlicher Kontrolle definiert. Der Umfang und die Art und Weise dieser Kontrollen wird auch in der Schweiz nach weltweiten (ISO)- oder europäischen (EN)-Normen durchgeführt.</p> <p>Die vorliegende DGVV stützt sich nach unserer Ansicht auf das Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten, STEG (819.1) und die Druckgeräteverordnung, DGV (819.21). Diese beiden Erlasse schliessen Rohrleitungen gemäss Rohrleitungsgesetz aus, wobei wir anmerken müssen, dass in der DGV in Art. 1, Absatz 3e, zwar die Fernleitungen einschliesslich aller Nebenausrüstungen ausgeschlossen werden, im Nachsatz hingegen Standarddruckgeräte in Druckregel- und Kompressorstationen eingeschlossen sind. Diese Diskrepanz ist übrigens in ganz Europa ein bisher nicht gelöstes Problem. In der Schweiz wird dies bis heute so gehandhabt, dass die Vorschriften des RLG gemäss der Abgrenzung in der jeweiligen Plangenehmigung des Bundesamtes für Energie Gültigkeit haben. Unterhalb des Aufsichtsbereiches des Bundes resp. der Gültigkeit des RLG, d.h. im städtischen Versorgungsgebiet in den Niederdrucknetzen, wird die DGV mangels anderer Vorschriften sinngemäss angewendet.</p> <p>Die DGVV stützt sich im Weiteren auf das Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) ab. Angehängt an dieses Gesetz ist die Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten, VUV (832.30). Diese Verordnung schliesst in Art. 2, Absatz 2, Betriebe, die Anlagen im Sinne des Rohrleitungsgesetzes RLG erstellen oder benutzen, hinsichtlich der Sicherheit der Rohrleitungsanlagen aus.</p> <p>Im vorliegenden Entwurf der DGVV wird nun in Art. 1, Absatz 2d, festgehalten, dass diese Verordnung auch für Rohrleitungen mit gasförmigem Inhalt, mit verschiedenen technischen Kriterien, gilt. Auf Grund dieses Satzes müsste man eigentlich davon ausgehen, dass nun alle Rohrleitungen des Rohrleitungsgesetzes unter diese neue Verordnung fallen sollen. Gemäss der obenerwähnten übergeordneten Verordnungen und Gesetze ist jedoch ein Ausschluss anzunehmen. Im Weiteren sind wir erstaunt darüber, dass nur Rohrleitungen mit <i>gasförmigem</i> Inhalt, aber nicht Rohrleitungen mit <i>flüssigem</i> Inhalt (Oelleitungen) ein- oder ausgeschlossen werden sollen. Wir sind der Ansicht, dass zumindest beide gleich behandelt werden müssen.</p> <p>In Rohrleitungsanlagen für Oelleitungen werden teilweise die gleichen Bauteile eingebaut wie in Gasleitungen. Eine unterschiedliche Behandlung je nach Medium würde dazu führen, dass identische Geräte nach verschiedenen Regelwerken inspiziert werden müssten.</p>	<p>Rohrleitungsinspektorat</p>
---	--------------------------------

<p>Das beschriebene Verfahren soll das Betriebsbewilligungsverfahren für Druckgeräte ersetzen. Durch STEG/DGV resp. PED kann davon ausgegangen werden, dass das Druckgerät sicher ist. In den heutigen Abläufen werden im Sinne des Arbeitnehmerschutzes aber auch die sicherheitsrelevanten Aspekte des <u>Druckgerätestandorts</u> u.a. durch das Inspektorat des SVS (für Gastanks) beurteilt. Hierzu finden wir in den vorliegenden Dokumenten keine Hinweise.</p> <p>Pro Jahr beurteilt das Inspektorat SVS rund 80 neue Gasbehälterstandorte. Bei ca. der Hälfte der Standorte werden entweder zusätzliche Auflagen ausgesprochen oder bei nachträglichen Kontrollen festgestellt, dass Sicherheitsvorgaben nicht eingehalten wurden. Gerade solche Gastanks stehen oft auch in nicht industriellen, von der Öffentlichkeit besonders sensibel betrachteten Zonen wie Spitälern, wo sich ein Unfall besonders drastisch auswirken würde.</p> <p>Da diese Aspekte weder durch STEG/DGV noch durch die PED berücksichtigt werden, ist die Beurteilung des Druckgerätestandorts im Sinne unserer obigen Darstellung unbedingt zusätzlich zu regeln.</p>	SVS
--	-----

<p>In der Schweiz ist das Herstellen und Inverkehrbringen von Druckgeräten bisher in</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Verordnung vom 9. April 1925 betreffend Aufstellung und Betrieb von Dampfkesseln und Dampfgefässen (SR 832.312.11) und der - der Verordnung vom 19. März 1938 betreffend Aufstellung und Betrieb von Druckbehältern (SR 832.312.12) <p>geregelt. Im Rahmen der laufenden Anpassung der schweizerischen Produktegesetzgebung an die geltenden Regelungen im europäischen Ausland wurden die einschlägigen Richtlinien der Europäischen Union über Druckgeräte als neue Verordnungen zum Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG; SR 819.1) in das Schweizer Recht integriert. Im Gefolge dieses legislativen Prozesses sollen nun auch die Bestimmungen betreffend Aufstellung und Betrieb solcher Druckgeräte mit einer Druckgeräteverwendungsverordnung (DGVV) revidiert werden. Dabei werden der heutige Stand der Technik und das sich aus der Erfahrung mit Unfällen und Ereignissen ergebende Risiko mitberücksichtigt. Zudem wird das bisherige Bewilligungsverfahren durch ein einfaches Meldeverfahren ersetzt. Weiter sollen Betriebe, die über qualifiziertes Personal verfügen, die Möglichkeit erhalten, weniger gefährliche Druckgeräte selbst kontrollieren zu können. Die EKAS-Richtlinie Nr. 6516 „Druckgeräte“ konkretisiert die Schutzziele der DGVV, insbesondere die Regelung der vielgestaltigen Inspektionsarbeiten und -inhalte.</p> <p>Aus der Sicht des Arbeitsinspektorates wird insbesondere die Ablösung des aufwändigen, über mehrere Stationen (Kanton, SUVA, Kesselsinspektorat SVTI) laufenden Bewilligungsverfahrens durch ein einfaches Meldeverfahren begrüsst. Nachdem die SUVA das Kesselsinspektorat des Schweizerischen Vereins für technische Inspektionen (SVTI) als Fachorganisation mit der Führung des Registers der gemeldeten Druckgeräte beauftragt, ist der Melde-Umweg über die SUVA überflüssig.</p> <p>Die gegenüber dem geltenden Recht erhöhte Prüfgrenze bei der am meisten verbreiteten Kategorie von Druckgeräten, d.h. bei den nicht überhitzungsgefährdeten Druckbehältern mit gasförmigem Inhalt, wurde durch eine Fachkommission auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit Unfällen und Ereignissen festgelegt. Ob diese Lockerung richtig ist, ist zu bezweifeln. Es kann nämlich mit gutem Recht auch angeführt werden, dass sich gerade wegen der jahrzehntelangen professionellen Überwachung der Druckgeräte durch das Kesselsinspektorat wenig Unfälle ereignet haben. Die vorgeschlagene Lockerung bedeutet insbesondere, dass die Schweiz im Vergleich zu den Nachbarländern eine massiv höhere Prüfgrenze hat (Nachbarn 1'000 Barliter, Schweiz 3'000 Barliter). Dies ist um so unverständlicher, weil die meisten Nachbarländer ihr Druckgeräteverwendungsrecht erst vor kurzem revidiert und an die EU-Bestimmungen angepasst haben. Die Schweiz würde somit mit der DGVV eine neue Verordnung erlassen, die in wesentlichen Inhalten vom vergleichbaren ausländischen Recht abweicht.</p> <p>Die generell festgelegte Prüfgrenze von 3'000 Barlitern ist insbesondere deshalb sicherheitstechnisch nicht zu verantworten, weil der DGVV-Entwurf nicht nach der Natur des Füllguts unterscheidet bzw. nicht nach dessen Gefährlichkeit differenziert, und dies im Gegensatz zu den vergleichbaren einschlägigen Vorschriften der europäischen Nachbarn. Eine Prüfgrenze von 3'000 Barlitern bedeutet z.B., dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - ein Chlorgasbehälter von 400 Litern mit 7 bar Druck, - ein Ammoniakbehälter, der 150 Liter fasst und unter 17 bar steht, und - ein 200-Liter-Gastank mit Propan, der 15 bar Druck aufweist, <p>bereits nicht mehr prüfpflichtig wären. Der Betrieb gerade solcher Druckgeräte ist jedoch mit beträchtlichen Gefahren verbunden, wie verschiedene spektakuläre Unfälle mit dramatischen Folgen für Leben und Gesundheit der davon betroffenen Menschen in der Vergangenheit gezeigt haben.</p> <p>Für nicht überhitzungsgefährdete Druckgeräte mit ungefährlichem Füllgut, d.h. z. B. für kleinere Druckluftbehälter, wie sie in jeder Werkstatt zu finden sind, ist hingegen eine gewisse Lockerung vorstellbar. Aus den genannten Gründen sind die Vorschriften zur Bestimmung der prüfpflichtigen Druckgeräte zu überarbeiten.</p> <p>Begrüssenswert, wenn auch nur unter konkreten Bedingungen, ist die Absicht, Betrieben, die über qualifiziertes Personal verfügen, die Möglichkeit zu geben, die Inspektionen an weniger gefährlichen Druckgeräten selbst</p>	<p>Kanton AR</p>
---	------------------

<p>durchzuführen. Dafür müssen aber die vom Personal des Betreibers zu erfüllenden Qualifikationen für eine sichere Prüfung genau definiert werden. Weiter ist auch zwischen Druckgeräten mit gefährlichem oder ungefährlichem Füllgut zu unterscheiden. Weil die Erfahrung zeigt, dass sich die Verhältnisse auf Grund von Betriebsschliessungen, Restrukturierungen und Outsourcing der Unterhaltsdienste rasch ändern können, scheint es absolut notwendig, dass die Betriebe oder Betreiber der registerführenden Fachorganisation periodisch (mindestens alle 3 Jahre) melden müssen, dass das für die interne Inspektion notwendige qualifizierte Personal nach wie vor verfügbar ist. Das Gleiche gilt auch für die aus der Inspektionspflicht entlassenen Druckgeräte. Auch müssen die Resultate der internen Inspektionen der registerführenden Fachorganisation gemeldet werden.</p> <p>Nicht nachvollziehbar ist, dass die bisherigen Abnahmeinspektionen der neuen Druckgeräte durch das Kesselinspektorat wegfallen sollen bzw. dass die erste Inspektion erst nach zwei Jahren erfolgen soll. Schon öfters hat sich in der Praxis gezeigt, dass bei einer Abnahmeinspektion eine gefährliche Situation entdeckt werden konnte. Ein solcher Verzicht ist sicherheitspolitisch nicht zu vertreten. Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, weshalb gemäss DGVV ein Druckgerät zwar anlässlich der periodischen Kontrollen inspektionspflichtig sein soll, nicht aber schon zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme. Dies führt im Ergebnis dazu, dass in der Zeit ab der Inbetriebsetzung bis zur ersten periodischen Inspektion ein behördlich genehmigter unkontrollierter Zustand besteht. Auch zeigt ein Vergleich mit dem europäischen Ausland, dass z. B. das deutsche, das französische, das dänische, das niederländische, das finnische und das italienische Recht die obligatorische Abnahmeprüfung bei bestimmten, neu in Betrieb genommenen Druckgeräten kennen.</p>	
<p>Wir sind der Meinung, dass die DGVV mit der in diesem Bereich geltenden EU- Richtlinie (wie z.B. die RL 95/63 EG) harmonisiert ist, sowie die im neu entworfenen Sicherheitskontrollgesetz (SKG) angegebenen Kriterien mitberücksichtigt.</p>	<p>Messer</p>
<p>Der Schutz der Bevölkerung vor Gefährdung von Leben und Gesundheit gehört zu den zentralen Aufgaben des Staates und seiner Behörden. Mit der Verwendung von Druckgeräten sind grosse Gefahren verbunden. Das Inverkehrbringen von Druckgeräten ist mit der Revision des Bundesgesetzes über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG) sowie der Verordnung über die Sicherheit von Druckgeräten und der Verordnung über die Sicherheit von einfachen Druckbehältern bereits an die entsprechende EU Richtlinie angepasst worden. Wir begrüßen deshalb die Bestrebungen, auch das aus den Jahren 1925 und 1938 stammende Druckgeräteverwendungsrecht im Rahmen der Angleichung des Schweizer Rechts an die Regelungen des europäischen Auslands dem heutigen Stand der Technik anzupassen.</p> <p>Wir unterstützen insbesondere die Ablösung der aufwändigen Bewilligungspflicht durch ein Meldeverfahren und die sich daraus ergebende Inspektionspflicht. Auch mit diesem vereinfachten Verfahren kann die Inbetriebnahme von mangelhaften und damit gefährlichen Installationen vermieden werden. Sie entlastet die Betriebe in administrativer Hinsicht, auferlegt ihnen aber mehr Eigenverantwortung. Allerdings stellt sich uns die Frage, ob die Grenzen, ab welchen Druckgeräte unter die Meldepflicht fallen und somit inspektionspflichtig werden, richtig angesetzt sind. Die Erfahrung zeigt nämlich, dass vom Betrieb auch von Druckgeräten, welche die vorgesehenen Grenzwerte nicht erreichen, erhebliche Gefahren ausgehen können. Die meisten Länder des europäischen Auslands haben darum ihr Druckgeräteverwendungsrecht bereits den entsprechenden EU-Bestimmungen angepasst und kennen heute wesentlich tiefere Grenzwerte. Mit den im Verordnungsentwurf vorgeschlagenen Grenzwerten würde ein Recht geschaffen, das von den entsprechenden Vorschriften der Länder Europas abweicht – was den Zielen, die mit der laufenden Angleichung des schweizerischen an das europäische Recht verfolgt werden, entgegen läuft.</p> <p>Der Verordnungsentwurf bezeichnet die SUVA sowohl als Stelle, welcher die Druckgeräte vor Inbetriebnahme gemeldet werden müssen, als auch als Stelle, welche Druckgeräte unter bestimmten Voraussetzungen aus der Inspektionspflicht entlassen kann. Wir schlagen vor, für die Entgegennahme der Meldungen und die Entlassung aus der Inspektionspflicht nicht die SUVA, sondern die Fachorganisation, welche vertraglich zur Inspektion beauftragt werden soll, als zuständige Stelle einzusetzen. Damit haben die betroffenen Betriebe einen einheitlichen Ansprechpartner, der zudem über die nötige Fachkompetenz verfügt.</p>	<p>Kanton LU</p>

<p>Grundsätzlich beurteilen wir den Entwurf der neuen Verordnung als sehr positiv. Speziell befürworten wir folgende geplanten Veränderungen gegenüber dem heute gültigen Prozess:</p> <p>Die Gültigkeit der PED Norm und damit die Aufhebung des formellen Gutachtens und der Abnahmekontrolle durch den SVTI; durch den vorwiegenden Einsatz von Standard Tanks erachten wir die heutigen Auflagen als wenig hilfreich im Sinne der Sicherheit. Firmeninterne Prozesse sind schon heute eingeführt, welche die umfassende Kontrolle der Flüssiggasanlagen vor der in Betriebnahme beinhalten.</p> <p>Das vorgeschlagene Meldeverfahren an die SUVA mit der entsprechenden Dokumentation als Ersatz für das heutige Bewilligungsverfahren vereinfacht den Prozess wesentlich.</p> <p>Wir begrüßen die vorgeschlagene Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Meldestelle SUVA und dem SVTI (Fachbehörde). Damit ist die Gewaltentrennung zwischen der Aufsichtsbehörde und der Fachstelle, welche ihrerseits Inspektions- und Unterhaltsarbeiten im Auftrag der Flüssiggaslieferranten ausführt, gewährleistet.</p> <p>Die Möglichkeit, sich unter bestimmten Bedingungen von der Inspektionspflicht befreien zu lassen begrüßen wir ebenfalls. Als Fachbetrieb sehen wir uns befähigt, die Inspektionspflicht in eigener Regie und in Zusammenarbeit mit ausgewählten Spezialfirmen wahrzunehmen. Zudem sind wir damit in der Lage, Unterhalts- und Kontrollarbeiten an den Druckbehältern besser zu koordinieren und zusammenzufassen. Heute werden beispielsweise die unterirdischen Druckbehälter neben unserem eigenen Personal durch den SVTI, durch eine Fachfirma für Kathodenschutz sowie durch eine Unterhaltungsfirma betreut, was zu Doppelspurigkeiten führt.</p> <p>Mit den oben erwähnten Vereinfachungen erwarten wir insgesamt eine Reduktion der Inspektions- und Unterhaltskosten des Energiesystems Flüssiggas, dies bei einem gleichbleibenden Sicherheitsniveau. Wir haben schon heute firmenintern zusätzliche Inspektionen eingeführt, welche die gesetzlichen Anforderungen übersteigen, und den sicheren Betrieb der Anlagen gewährleisten. Diese Initiative haben wir ergriffen, da wir der Meinung sind, die heutige gültigen Verfahren am eigentlichen Ziel vorbeigehen, da in der Regel nicht die Druckbehälter, sondern die Installation als Ganzes, speziell die Produktleitungen und Verbindungen Anlass zur Sorge geben. Bei rund 1000 inneren Inspektionen an Flüssiggasdruckbehältern in den letzten 10 Jahren wurden in unserer Firma keine Fehler an den Behältern festgestellt.</p> <p>Aus ethischen und wirtschaftlichen Gründen ist es unser Anliegen, Unfälle zu vermeiden und entsprechende Massnahmen für die Zielerreichung zu ergreifen. Damit decken sich unsere Ziele mit denjenigen des Unfallversicherungsgesetzes.</p> <p>2. Behandlung von Behältern ausserhalb des Unfallversicherungsgesetzes</p> <p>Flüssiggas wird vermehrt als Energie im Privatbereich und in Betrieben, welche nicht dem Unfallversicherungsgesetz unterstehen, eingesetzt. Wir stellen den Antrag, die DGVV auch für Betreiber ausserhalb des Unfallversicherungsgesetzes als verbindlich zu erklären. Dies könnte beispielsweise als Bestandteil bei den Bewilligungen durch die kantonale/kommunale Behörde erfolgen.</p> <p>Begründung: es besteht die Gefahr, dass Betreiber den Unterhalt der Druckbehälter nicht sachgemäss ausführen oder ausführen lassen, wenn sie durch die DGVV nicht dazu verpflichtet werden.</p>	<p>Shell</p>
<p>Wir danken für die Gelegenheit, zu den oben genannten Entwürfen Stellung zu nehmen. Zur Druckgeräteverwendungsverordnung (DGVV) haben wir keine Bemerkungen mehr, nachdem wir letztmals im Dezember 2005 Stellung genommen haben. Unsere Bemerkungen betreffen v.a. die Aufteilung der Regelungsmaterie zwischen Verordnung und Richtlinie.</p>	<p>BAJ</p>

<p>Mit der neuen Regelung wird das bisherige Bewilligungsverfahren (Plangenehmigungsverfahren) durch eine einfache Meldepflicht ersetzt. Das neue Meldeverfahren unterstellt nur noch die als gefährlich eingestuften Druckbehälter einer speziellen Inspektionspflicht durch die Fachorganisationen. Für die Druckbehälter wird die Suva als einziges Durchführungsorgan bestimmt.</p> <p>Die Suva wird - wie bisher - mit dem SVTI die Inspektionen von Druckgeräten in den Betrieben in einem Mandatarenvertrag regeln. Die jahrzehntelang aufgebaute fachtechnische Kompetenz für Druckgeräte bleibt somit erhalten.</p> <p>Die sichere Verwendung aller anderen Druckgeräte mit kleinerem Risiko liegen in der Eigenverantwortung der Betriebe. Die EKAS-Richtlinie 6516 regelt die einheitliche, sachgerechte und dem Stand der Technik entsprechende Umsetzung der Druckgeräteverwendungsverordnung.</p> <p>Mit der neuen Regelung sollen Druckgeräte zukünftig sicher und kostengünstig betrieben werden können. Anstelle einer Bewilligung tritt neu ein einfaches Meldeverfahren, so werden die bisherigen administrativen schwerfälligen Verfahrensabläufe eliminiert und die gebührenpflichtigen Bewilligungen entfallen.</p> <p>Dem vorliegenden Entwurf und der EKAS-Richtlinie „Druckgeräte „ 6516 können wir vorbehaltlos zustimmen.</p>	Kanton UR
<p>Wir begrüßen grundsätzlich den Erlass einer neuen Druckgeräteverwendungsverordnung. Das geltende Druckgeräteverwendungsrecht der Schweiz stammt aus den Jahren 1925 und 1938. Im Rahmen der Angleichung des schweizerischen Rechts an die entsprechenden Regelungen des europäischen Auslands ist der Erlass einer zeitgemässen Verordnung unumgänglich. Wir bemängeln allerdings, dass die vorgesehenen Regelungen zum Teil weniger weit gehen, als es den europäischen Standards entspricht. Wir verweisen dazu insbesondere auf die Bemerkungen zu Art. 1 DGVV.</p> <p>Das geltende Recht schreibt für gewisse Druckgeräte eine Abnahmeprüfung vor. Gemäss DGVV-Entwurf soll diese im Zeitpunkt der Inbetriebsetzung durchgeführte Prüfung in Zukunft entfallen. Der Verzicht auf die Abnahmeprüfung ist unseres Erachtens nicht angezeigt. Inspektionspflichtige Druckgeräte und Anlagen sollen nur in Betrieb genommen werden können, wenn sie durch eine Fachorganisation auf ihren ordnungsgemässen Zustand (Installation, Aufstellungsbedingungen, Funktionsweise etc.) geprüft worden sind. Damit kann die Inbetriebnahme von mangelhaften - und im Ergebnis gefährlichen - Installationen besser vermieden werden. Eine obligatorische Abnahmeprüfung bei bestimmten, neu in Betrieb genommenen Druckgeräten ist nach wie vor im deutschen, französischen, dänischen, niederländischen, finnischen und italienischen Recht vorgesehen. Es ist nicht ersichtlich, weshalb gemäss DGVV ein Druckgerät, das der Inspektionspflicht unterliegt, nicht bereits bei der Inbetriebnahme geprüft werden soll. Dies führt im Ergebnis dazu, dass in der Zeit ab der Inbetriebsetzung bis zur ersten periodischen Inspektion ein behördlich genehmigter unkontrollierter Zustand besteht. Es ist nicht auszuschliessen, dass der Staat in diesem Zusammenhang mit Schadenersatzforderungen konfrontiert wird. Aus diesen Gründen erachten wir es als notwendig, in der Druckgeräteverwendungsverordnung nebst den periodischen Prüfungen eine Abnahmeprüfung vorzusehen.</p>	Kanton TG

<p>Es wird eine deutliche Vereinfachung und Liberalisierung des bisherigen Verfahrens erreicht. Ausserdem wird der administrativen Entlastung sowie der Eigenverantwortung der Betriebe Rechnung getragen. Zusätzlich wurde mit der neuen Verordnung die Entflechtung zwischen der Konstruktion und der Verwendung von Druckgeräten entsprechend den Methoden (new approach) der Europäischen Union erreicht. Weiter ist die Liberalisierung des Inspektionsmarktes sowie die Zulassung von akkreditierten Fachstellen (auch ausländische) möglich.</p> <p>Die bestehenden Erlasse (Verordnung betreffend Aufstellung und Betrieb von Dampfkesseln und Dampfgefässen und der Druckbehälterverordnung) mussten bisher auf ca. 40'000 Geräte und Behälter angewendet werden, bei welchen das Versagensrisiko äusserst gering ist. Unfälle mit Personenschaden durch Druckbehälter wurden in den letzten 10 Jahren keine gemeldet. Dies rechtfertigt den bisher sehr hohen Kontrollaufwand des SVTI nicht mehr.</p> <p>Für einen effizienten und kostengünstigen Vollzug der neuen Verordnung sind insbesondere nachfolgende Anforderungen von Bedeutung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einfacheres Meldeverfahren (keine Plangenehmigung) (Art. 11) ▪ Einfache Druckgeräte können aus der Inspektionspflicht entlassen werden (Art. 13) ▪ Die Pflicht der Betriebe, die Druckgeräte instand zu halten (Art. 8) ▪ Einfache Druckgeräte dürfen in dafür qualifizierten Betrieben äusserlich selbst inspiziert werden (Art. 14) ▪ SVTI ist einzige Fachorganisation (Art. 14) ▪ SUVA ist einziges Durchführungsorgan (Art. 49.2 VUV) ▪ Die Fachorganisation übernimmt gewisse Aufgaben (Inspektion) als Mandatar (VUV) ▪ Standortgutachten wo notwendig, wie bisher durch die Suva (Art. 49/1 und 50 VUV) ▪ Der bestehende Richtlinienentwurf 6516, der die Anforderungen der DGVV konkretisiert <p>Der Verordnungsentwurf ist aus unserer Sicht ausgewogen, zeitgemäss vertretbar und nimmt trotzdem auf bestehende Strukturen Rücksicht. Bestrebungen, die eine Verschärfung oder Zementierung der bestehenden Regelung anstreben, lehnen wir deshalb grundsätzlich ab. Auch eine weiterhin hohe Belastung des Prämienzuschlages für die Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten durch nicht gerechtfertigte Kontrollmassnahmen (z.B. Abnahmeprüfungen bei Inbetriebnahme durch den SVTI) wäre aufgrund des Gefährdungspotentials und gegenüber den Prämienzahlern nicht vertretbar. Die Suva opponiert aufgrund der Risikoerfahrung mit Druckgeräten einer weiter gehenden Liberalisierung nicht.</p>	<p>Suva</p>
--	-------------

1. Eigenverantwortung wird deutlich vergrössert

Als Betreiber vieler Propangastanks sind wir uns der Verantwortung bewusst und nehmen diese seit Jahren wahr. Unser konzernweites Sicherheitssystem OIMS gehört zu den besten Sicherheitssystemen weltweit und geht oft weiter als das Landesgesetz.

2. Befreiung von der Inspektionspflicht

Die Möglichkeit, Inspektionen in Eigenverantwortung durchzuführen und von Prüfstellen unabhängiger zu werden, eröffnet uns eine effizientere Arbeitsweise.

3. Vereinfachung des Verfahrens

Diesen Punkt begrüssen wir ganz speziell, hat sich doch das komplizierte Verfahren über die Kantonalen Behörden oft über mehrere Monate, gelegentlich sogar über ein halbes Jahr hingezogen. Viele unserer Kunden kamen durch diese Verzögerung in grosse Schwierigkeiten und mussten massive Mehrkosten für Provisorien u.ä. tragen.

4. Verzicht auf eine Abnahmeprüfung konformer Geräte

Bereits im Rahmen Europäischer Richtlinien zugelassene Druckgeräte brauchen kein zweites Mal mehr zugelassen zu werden. Dieser Punkt vereinfacht vieles und eliminiert unnötigen Aufwand. Im Zuge verstärkter Eigenverantwortung sehen wir uns in der Lage, den Tankstandort richtlinienkonform zu gestalten und mit entsprechenden Massnahmen eine eigene, weitergehende Abnahmeprüfung durchzuführen.

5. Liberalisierung des Inspektionswesens

Dieser Punkt ist grundsätzlich positiv, wird sich doch das Inspektionswesen durch diese Massnahme bestimmt kundenfreundlicher entwickeln. Es besteht jedoch die Gefahr, dass zur Zeit zentral vorhandenes Wissen und technische Kompetenz verloren geht, wenn verschiedene Firmen auf den freien Markt drängen. Es wird wichtig sein, das Kompetenzzentrum SVTI zu erhalten.

Als ganzes begrüssen wir die neue Druckgeräte-Verwendungsverordnung, sie wird sich positiv auf den Markt auswirken. **Leider gilt sie nur für UVG-unterstellte Betriebe.**

Unsere Kundschaft setzt sich aus Mietern und Besitzern von Propangastanks zusammen. Wir nehmen für alle unsere Mieter die Sicherheitsverantwortung wahr und können im Gegenzug z.B. Schutzmassnahmen fordern, von deren Erfüllung das weitere Mietverhältnis abhängt. Dies bewirkt einen hohen Sicherheitsstandard auf allen Miet-Anlagen.

Erfahrungsgemäss sind die Endkunden weder informiert noch motiviert, ihre Tanks ausreichend zu inspizieren oder deren Unterhalt durchzuführen. Schon heute ist es für uns Gasversorger sehr schwierig, einem Kunden die Gaslieferung zu verweigern, wenn er die bestehenden Richtlinien nicht einhält. Mit der neuen Verordnung gibt es für Inspektion und Unterhalt von Propangastanks im Privatbereich gar keine bindenden Richtlinien mehr. Dies wird den Sicherheitsstandard aller Kleintanks im Kundenbesitz spürbar verschlechtern. Wir denken hier vor allem an den landwirtschaftlichen Bereich, in welchem zahlreiche kleine, nicht UVG-unterstellte Betriebe vorhanden sind. Ohne bindende Richtlinien werden Gasversorger bald einmal über ihre Lieferverträge verpflichtet sein, unsichere Propantanks zu beliefern.

Wir stellen daher den Antrag, die Druckgeräte-Verwendungsverordnung auf den Privatbereich auszuweiten. Dies kann zum Beispiel erreicht werden, indem die Vereinigung Kantonalen Gebäudeversicherungen in allen Kantonalen Brandschutzrichtlinien Privatbehälter als gleichwertig zu UVG-unterstellten betrachtet. Via Aufstellungsgesuch der Gemeinden gelangt die Information über neue Propantanks zur jeweiligen Kantonalen Feuerpolizei und wird von dieser erfasst und kontrolliert. Die Gaslieferanten hätten dann weiterhin eine Grundlage, bei unsicheren Anlagen die Belieferung zu verweigern, was in der Regel die einzige wirksame Methode zum durchsetzen von Sicherheitsmassnahmen ist.

<p>Wir begrüßen den vorliegenden Entwurf zur DGVV, insbesondere auch die Harmonisierung mit dem EU-Recht.</p> <p>Die Vereinfachung der bisherigen, teilweise aufwändigen Bewilligungsverfahren durch die Meldepflicht an die SUVA ist aus Sicht der Branche eine wesentliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Praxis. Auch die vertragliche Weiterführung der Inspektionen durch den SVTI ist sinnvoll. Damit werden technisches Knowhow und Fachwissen weiterhin an zentraler Stelle sichergestellt und die Aufgaben zwischen Aufsichtsorgan und Fachstelle klar geregelt.</p> <p>Im Sinne einer Förderung der betrieblichen Eigenverantwortung ist auch die Möglichkeit zu begrüßen, dass bestimmte Druckgeräte aus der Inspektionspflicht entlassen werden können, sofern die Betriebssicherheit aufgrund von ausgewiesenen Qualitätsmerkmalen gewährleistet ist.</p> <p>Spezifische Bemerkungen und Anträge</p> <p>Druckbehälter ausserhalb des Unfallversicherungsgesetzes (UVG)</p> <p>Auch im Privatbereich kommt Flüssiggas in Druckbehältern zum Einsatz. Da die Betreiber solcher Anlagen nicht dem UVG unterstehen ist die DGVV für diese nicht verbindlich. Bedenken bestehen insbesondere bezüglich dem sachgemäßen Unterhalt dieser Druckbehälter. Im Sinne einer Gleichbehandlung aller Anlagen und der flächendeckenden Gewährleistung der Betriebssicherheit sind auch solche Anlagen der DGVV zu unterstellen.</p> <p>Antrag</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir beantragen, dass die DGVV auch für Druckbehälter von nicht dem UVG unterstellten Betreibern gültig ist. In der Praxis liesse sich dies auf Stufe Gemeinde (Bewilligungen) oder auf Stufe Kanton (Gleichstellung von Privatbehältern und UVG unterstellten Anlagen in den kant. Bandschutzrichtlinien) umsetzen. 	<p>Erdöl-Vereinigung</p>
<p>Ein wichtiger Grund, weshalb die DGVV überarbeitet werden muss, ist deren mangelnde EU-Kompatibilität, insbesondere bezüglich Sicherheit.</p> <p>Der Bundesrat hat in seinem Erläuternden Bericht zum Entwurf für ein Produktesicherheitsgesetz (PSG) festgehalten:</p> <p>„Eurokompatible Lösungen liegen sowohl im Interesse der Hersteller als auch der Verwender von Produkten. Die Hersteller sollen sich nach demselben Sicherheitsstandard richten können, ob sie nun für den Schweizer Markt oder für den Wirtschaftsraum der EU- und der EWR-Staaten produzieren. Die Verwender in der Schweiz ihrerseits sollen in den Genuss desselben Sicherheitsniveaus gelangen, wie ihn die EU-Richtlinie für ihren Geltungsbereich verlangt.“</p> <p>Diesen Zielsetzungen sowie dem Erfordernis, dass bei einer Öffnung der Grenzen für EU-Produkte diese nicht tieferen Sicherheitsanforderungen als in der EU unterliegen dürfen, entspricht die DGVV nicht.</p> <p>Die DGVV in der gegenwärtigen Fassung hätte einen Abbau des Schutzes der Arbeitnehmenden vor den möglichen Gefahren von Druckgeräten zur Folge.</p>	<p>electrosuisse</p>

<p>Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) unterbreitet sowohl die Druckgeräteverordnung (DGVV) als auch die darauf basierende EKAS-Richtlinie Nr. 6516pr „Druckgeräte“ zur Stellungnahme. Grundsätzlich stellt sich die Frage, weshalb zweierlei Vorschriften notwendig sind, um Betrieb und Verwendung von Druckgeräten zu regeln. Die Begründung des BAG, dass eine Regelung der Inspektionsarten und deren Inhalte auf Stufe einer Verordnung wenig praktikabel scheine, da eine Verordnung wesentliche und möglichst beständige Grundsätze und Ziele enthalten solle, vermag dabei nicht zu überzeugen.</p> <p>Verordnungen haben das Ziel, das Gesetz (oder sogar die Verfassung), welches die Grundsätze der geregelten Materie enthalten, zu konkretisieren. Sie ermöglichen eine ausführliche Detailregelung und können, im Gegensatz zum Gesetz (oder gar der Verfassung), an veränderte Verhältnisse relativ rasch angepasst werden.</p> <p>Die vorliegende Verordnung richtet sich primär an Betreiber von Druckgeräten. Ziel muss es sein, dass sich der Betreiber rasch und verbindlich über die geltenden Bestimmungen einen Überblick verschaffen kann. Dies ist in vorliegenden Fall nicht gegeben, denn es müssen zwei unterschiedliche Regelungen beachtet werden. Es macht auch keinen Sinn, wenn mittels einer EKAS-Richtlinie die „Umsetzung der Umsetzung“ realisiert wird. Zudem sind EKAS-Richtlinien von ihrer Rechtsnatur her nicht verbindlich, sondern stellen Empfehlungen dar. Sie sind daher nicht geeignet, technische Spezifikationen zu umschreiben.</p> <p>Eine umfassende Regelung der gesamten Materie in einem einzigen Erlass (Verordnung) ist deshalb wünschenswert.</p> <p>2. Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwendung von Druckgeräten (Druckgeräteverordnung, DGVV)</p> <p>2.1. Gegenstand</p> <p>Mit der vorliegenden Regelung werden lediglich Druckgeräte erfasst, welche in einem Betrieb eingesetzt werden, der unter das Arbeitsgesetz fällt. Landwirtschaftliche Betriebe, öffentliche Betriebe und Privathaushalte, welche ebenfalls gefährliche Druckgeräte einsetzen, werden den Regelungen der DGVV nicht unterworfen.</p> <p>Anträge:</p> <p>a. Es sollte geprüft werden, in welchem Umfang zum Schutz von Personen vor gefährlichen Druckgeräten in landwirtschaftlichen und öffentlichen Betrieben sowie Privathaushalten beigetragen werden kann. Die Verordnung sollte so umgestaltet werden, dass die Kantone durch einen einfachen Verweis auf die DGVV gefährliche Druckgeräte sowohl in der Landwirtschaft, den öffentlichen Betrieben und bei Privatanwendern regeln können. Damit können sowohl in der Rechtsetzung wie auch im Vollzug Synergien genutzt werden.</p> <p>b. Im Sinne der Ausführungen unter Ziffer 1 beantragen wir, den in der Arbeitsgruppe zur DGVV ausgearbeitete Anhang wieder einzufügen und zu ergänzen: dieser Anhang enthält bereits diverse Konkretisierungen, welche nun in der EKAS-Richtlinie geregelt sind (siehe dazu auch Ausführungen unter Ziffer 3).</p>	<p>seco</p>
<p>La situation actuelle qui voulait que l'inspection du travail délivrât une autorisation d'exploiter les équipements sous pression engendrait un surcroît de travail administratif et retardait la mise en place des installations.</p> <p>Aussi nous ne pouvons que saluer les changements proposés qui demandent aux entreprises de s'annoncer et donc de planifier des inspections obligatoires de leurs équipements sous pression. Les nouvelles dispositions font à juste titre supporter la responsabilité des mesures de prévention des accidents aux entreprises.</p>	<p>Kanton FR</p>

<p>Nous trouvons judicieux de mettre à jour la législation dans le domaine de l'utilisation des équipements sous pression, après révision de celle relative à leur construction, et d'abolir des ordonnances datant de 1925 et 1938 !</p> <p>L'abrogation de l'actuel régime d'autorisation, et son remplacement par la procédure d'annonce, va dans le même sens que le projet de suppression et de simplification d'autorisations qui fait également l'objet actuellement d'une procédure de consultation.</p> <p>La responsabilisation de l'entreprise quant à la planification de l'utilisation, des inspections et de l'entretien que l'équipement sous pression est également conforme à la pratique en ce qui concerne la sécurité et la protection de la santé des travailleurs, au sens de la loi fédérale sur le travail, de la loi fédérale sur l'assurance-accidents, ainsi que de leurs ordonnances respectives.</p>	Kanton NE
<p>D'une manière générale, notre Conseil approuve les dispositions mises en consultation, qui constituent une simplification administrative bienvenue. Vous trouverez, en annexe, quelques observations particulières ayant essentiellement trait à des questions procédurales.</p> <p style="text-align: center;">Observations</p> <p>Le projet d'ordonnance transfère au niveau fédéral les compétences en matière d'autorisation d'exploiter des équipements sous pression. Les entreprises s'adresseront directement à la CNA en vue d'obtenir les autorisations nécessaires. L'ordonnance sur la prévention des accidents sera applicable en matière de procédure, en particulier l'article 49.</p> <p>L'office cantonal de l'inspection et des relations du travail (OCIRT) est l'autorité cantonale actuellement compétente en matière d'équipement à vapeur et sous pression. L'application des normes fédérales de protection de l'environnement dans les entreprises lui incombe également. Le passage des demandes d'autorisations par cet office lui permet d'être informé de l'existence dans les entreprises de ce type d'équipement qui est, dans la plupart des cas, également soumis à des règles relatives à la protection contre les accidents majeurs et à la protection de l'air.</p> <p>Notre Conseil souhaite donc insister sur la nécessité de la transmission de l'information, prévue par l'article 49 alinéa 4 OPA, entre la CNA et les cantons. Cette communication permettra à l'OCIRT, dans le cadre de la nouvelle procédure mise en place par le projet d'ordonnance, de remplir ses missions de manière optimale.</p> <p>Le projet de directive CFST servira de norme d'application du projet d'ordonnance. Il a en particulier pour but de déterminer les moyens, pour les employeurs, de satisfaire aux obligations découlant de ce nouveau texte. Dans la mesure où les cantons ne seront pas compétents en la matière, notre Conseil n'a pas de remarques particulières à faire à ce sujet.</p>	Kanton GE

<p>1 Ordonnance relative à l'utilisation des équipements sous pression</p> <p>La mise en consultation de ce texte législatif correspond à un besoin réel, car la législation en vigueur actuellement date des années 1925 et 1938, et ne correspond plus à la réalité d'aujourd'hui.</p> <p>Le contenu de ce projet d'ordonnance n'appelle aucun commentaire de notre part.</p> <p>2 Directive CFST n° 6516pr « Equipements sous pression »</p> <p>En ce qui concerne ce document, il nous paraît, dans l'ensemble, complet et précis et devrait permettre une application simple et claire des exigences de l'ordonnance.</p> <p>Il manque cependant un chapitre traitant de la procédure d'exécution prévue à l'article 17 de l'ordonnance.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Que se passe-t-il en cas de problème d'application de cette nouvelle ordonnance? • Qui mène la procédure d'exécution LAA/OPA? • Que se passe-t-il avec les exploitants privés non-soumis à la LAA et qui n'observent pas les mesures de sécurité nécessaires (p.ex. propriétaires de réservoirs de propane)? • Dans la pratique actuelle, il s'est avéré que l'organisme mandaté par la CNA devait, dans certains cas, faire appel à l'organe d'exécution LAA compétent (CNA ou ICT) pour poursuivre la procédure d'exécution au-delà de l'avertissement prévu à l'article 62 OPA. Comment vont se répartir ces compétences dans le futur entre l'organisation mandatée et la CNA (et/ou les ICT dans leur domaine de compétence LAA)? <p>Au vu de ce qui précède, nous vous proposons de compléter la directive avec des précisions concernant la répartition des compétences entre les différents organismes concernés dans l'application de la procédure d'exécution prévue à l'article 17 de l'OUEP).</p>	<p>Kanton VS</p>
<p>In der verbandsinternen Vernehmlassung wurden uns seitens unserer Mitgliedorganisationen keine Abänderungsanträge gestellt, woraus wir schliessen, dass sich diese mit dem Verordnungsentwurf arrangieren können. Auch in unserer Analyse des Vernehmlassungsentwurfs sind wir auf keine Unstimmigkeiten gestossen, so dass wir dem Entwurf grundsätzlich zustimmen können. Wir erwarten aber, dass bei der allfälligen Überarbeitung des Verordnungsentwurfs keine restriktiveren Bestimmungen aufgenommen werden und dass keine neuen Auflagen Einzug finden, welcher für die KMU zusätzliche administrative Umtriebe oder sonstige Belastungen mit sich bringen.</p>	<p>SGV</p>

<p>Le projet d'ordonnance et de directive va dans le sens d'une meilleure protection des travailleurs lors de l'utilisation des équipements sous pression et mon département s'en félicite.</p> <p>Je relève notamment que le dit projet a le mérite d'intégrer les critères actuels en matière de sécurité et de protection de la santé au travail ainsi que le concept législatif de l'Union Européenne, ce qui est très satisfaisant.</p> <p>Cela étant, pour que cette directive atteigne pleinement son but en ce qui concerne la protection des travailleurs, mon département souhaiterait que les conditions de la mise en œuvre de la déclaration de conformité soient mieux précisées.</p> <p>En effet, cette attestation revient de fait à une auto-certification, laquelle ne peut avoir de légitimité en soi, ni fournir aucune garantie réelle en l'espèce.</p> <p>En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, je vous prie de croire, Monsieur le directeur, à l'assurance de ma parfaite considération.</p>	<p>Kanton GE</p>
<p>Der IVA begrüsst die Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen und unterstützt die Eckpfeiler der neuen Druckgeräteverwendungsverordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Trennung der Rechtsgrundlage zwischen Inverkehrbringen und Verwendung • Regelung des Arbeitnehmerschutzes • Meldepflicht statt Bewilligung (Meldung vor Inbetriebnahme) • eine zuständige Ansprechstelle für die ganze Schweiz (kann durch Mandatarenvertrag an die Fachorganisation delegiert werden) • Register – geführt durch Fachorganisation • Inspektionspflicht – Inspektionen durch Fachorganisation • Druckgeräte mit geringem Risiko: Liberalisierung – Entlassung aus der Inspektionspflicht Eigenverantwortung der Betriebe • Standortgutachten über Aufstellung nur bei risikoreichem Füllgut • Wegfall Abnahmekontrollen, auf Wunsch aber weiterhin möglich durch Fachorganisation • einfache Formeln hinsichtlich Geltungsbereich (Produkt aus Druck und Inhalt grösser als 200, 3'000, 10'000) 	<p>IVA</p>